



Presseerklärung – 27.1.2010

Aktivitäten zur organisierten Sterbehilfe unterbinden –

DHPV fordert die Bundesjustizministerin zum Handeln auf

Geschäftsstelle

Deutscher Hospiz- und
Palliativverband e.V.
Aachener Str. 5
10713 Berlin

„Wir brauchen eine klare Rechtslage, um in Deutschland die Beihilfe zur Selbsttötung in organisierter und gewerblicher Form unterbinden zu können“, dies sagte Dr. Birgit Weihrauch, Vorsitzende des Deutschen Hospiz- und Palliativverbands. Anlässlich der erneut bekannt gewordenen Aktivitäten des früheren Hamburger Justizsenators Roger Kusch und der Gründung des Vereins „SterbeHilfe-Deutschland“ hat der DHPV heute in einem Schreiben die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger aufgefordert, möglichst zügig eine entsprechende Gesetzesinitiative einzuleiten. Die Beihilfe zur Selbsttötung darf nicht zu einem organisierten Geschäft werden. Der DHPV hatte bereits früher zu den Machenschaften des früheren Justizsenators mehrfach klar Stellung bezogen und eine rechtliche Klarstellung gefordert. Eine entsprechende Initiative des Bundesrates im Juli 2008 war nicht weiterverfolgt worden. In ihrer Koalitionsvereinbarung hat die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP ausdrücklich vorgesehen, die gewerbsmäßige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen.

Aktive Sterbehilfe und die organisierte Beihilfe zum Suizid sind keine Lösung, um schwerstkranken, verzweifelten Menschen zu helfen. „Notwendig ist ein flächendeckend ausgebauten Netz der Hospiz- und Palliativversorgung, das allen Menschen, die Schmerzlinde- rung und Zuwendung benötigen, den Zugang hierzu auch ermöglicht“, so Weihrauch weiter. „Wenn man Suizidbeihilfe- Organisationen gewähren ließe, würde dadurch ein Druck auf alte und kranke Menschen entstehen, die sich durch ihre Krankheit und Pflegebedürftigkeit als eine Last für ihre Angehörigen empfinden könnten – dies würde den Weg in eine inhumane Gesellschaft eröffnen.“

Der Deutsche Hospiz- und Palliativverband, als Dachverband von nahezu 1000 Hospiz- und Palliativeinrichtungen im Jahre 1992 gegründet, vertritt deren Interessen und die Belange der schwerstkranken und sterbenden Menschen gegenüber Politik und Gesundheitswesen. Mitglieder sind alle 16 Landesverbände und zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten der Hospizbewegung und Palliativmedizin.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite des DHPV: www.hospiz.net

Kontakt: Dr. Julia von Hayek
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit des DHPV
Mobile: 0178/4066041

Sie erreichen uns unter:

Telefon 030-8200758-0
Telefax 030-8200758-13
dhpv@hospiz.net
www.hospiz.net

**Geschäftsführender
Vorstand:**

Dr. Birgit Weihrauch,
Vorsitzende
Dr. Erich Rösch,
Stellv. Vorsitzender
Horst Schmidbauer,
Stellv. Vorsitzender

Amtsgericht Berlin:

VR 27851 B
Gemeinnützigkeit anerkannt
durch das Finanzamt Berlin

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft
Konto 834 00 00
BLZ 370 205 00